Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 20 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Donnerstag, den 24. Januar 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Dienstagssitzung mit der dritten Steuernotverordnung.

* Im Gegensatz zu anderweitigen Mitteilungen hört man von unterrichteter Seite, das Reichskabinett habe sich noch nicht mit den Verträgen zwischen westlichen Industriellen und den Franzosen befaßt.

* Reichspostminister Dr. Hösle wird demnächst nach München reisen, um mit der bayerischen Regierung über das Postfinanzgesetz und die damit in Verbindung stehenden bayerischen Postangelegenheiten zu verhandeln.

* Die verbreitete Nachricht von der Amtsmüdigkeit des bayerischen Generalkommissars von Kahr wird von München aus amtlich aus unrichtig bezeichnet.

* Macdonald hat das Amt des englischen Premierministers angenommen.

* Das Kabinett Venizelos soll nach Berichten aus Athen beschlossen haben, den Antrag bei der Nationalversammlung einzubringen, daß die zukünftige Staatsform Griechenlands die Republik sein soll.

Der grüne Tisch.

Von besonderer volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Ein bißchen „grüner Tisch", ein bißchen Amtsschimmelritt hat noch nie geschadet; es trägt dazu bei, das trübe Grau des Daseins durch ein lustigeres Lachen aufzuhalten. „Der Zopf, der hängt ihm hinten," heißt es ja in dem bekannten Lied. Aber — um mit Karlchen Wippchen zu reden — allzu viel macht schartig.

Das Schreiben aus dem Reichsfinanzministerium an den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, in dem dieser gebeten wird, darauf hinzuwirken, daß bei Schlichtungssprüchen grundsätzlich nicht über die Lohn- und Gehaltsätze des Reiches nur unter besonderen Umständen hinausgegangen werden soll, scheint aber doch etwas zu viel „grüner Tisch" zu sein. Heißt doch, allzu wild auf dem Amtsschimmel herumzugaloppieren. Erstens ist es politisch unklug. Man muß objektiv genug sein, zuzugestehen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich fast restlos damit einverstanden erklärte, bei Neufestsetzung der Löhne auf Goldmark auf die Friedenslöhne zu verzichten, sich mit Löhnen zufrieden zu geben, die im allgemeinen unter den Friedenslöhnen liegen. Und das in wirtschaftlich produktiven Betrieben, nicht etwa nur in Zuschußunternehmen, wie es das Reich, die Staaten und Kommunen sind. Sie haben sich bereit erklärt, obwohl ja auch diese Löhne in ihrer Kaufkraft noch weit unter dem Friedensstand stehen. Und darum auch gar nicht die Möglichkeit bieten, Ersparnisse zu machen für jene Zeit, wenn die Arbeiter erwerbslos sind oder das Alter ihnen die Erwerbsmöglichkeit nimmt. Man kann es ruhig sagen, daß eine derartige Herabsetzung des Lebensstandards — die notwendig war — nicht bloß materiell, sondern auch politisch bitter empfunden worden ist, weil gerade die Arbeiterschaft politisch im demokratischen Deutschland von allergrößter Bedeutung ist. Kürzung der Löhne und gleichzeitige Verlängerung der Arbeitszeit ist also in der Industrie unter überraschend geringem Widerstand der Arbeiter und Angestellten durchgeführt worden, weil doch die Einsicht in die wirtschaftliche Notwendigkeit der Mehrleistung und der Herabsetzung der Produktionskosten stark genug war, um in die Beseitigung produktionshemmender Errungenschaften kampflos zu willigen.

Die Löhne wieder in ein vernünftiges Verhältnis zum Nutzeffekt der Produktion bringen, unproduktive Ausgaben möglichst einschränken — das war der richtige Gesichtspunkt, von dem man ausging, als zum Personal- und zum Lohnabbau geschritten wurde. Die untere Grenze mußte dabei das Existenzminimum des Arbeiters sein, das war nicht nur eine sozialpolitische, sondern vor allem eine wirtschaftliche Forderung. Nicht bloß deswegen, weil „jeder Arbeiter seines Lohnes wert" sein muß, sondern deswegen, weil eine über die privatwirtschaftliche Notwendigkeit hinausgehende Herabdrückung des Lohnniveaus zur Beseitigung der Kaufkraft des inneren Marktes führt, auf die jede Industrie als Hauptabsatzgebiet angewiesen ist. Natürlich kann man auch im Interesse einer aktiven Handelsbilanz die Ausfuhr fördern und zu diesem Zweck die Produktionskosten durch Lohnherabsetzung forcieren; das bedeutet aber genau solch einen Raubbau am volkswirtschaftlichen Vermögen, als wenn Teile dieses Vermögens selbst exportiert werden. Denn der wichtigste Faktor unseres Volksvermögens ist die Arbeitskraft des deutschen Volkes. Und zwar jetzt mehr denn je. Bezeichnenderweise haben sich übrigens gerade nicht Unternehmerkreise der Urproduktion und der Verarbeitung mit der Bitte an das Reichsfinanzministerium gewandt, die Löhne zu drosseln, sondern die Vertreter der Verteilung, nämlich die Exportfirmen und Versicherungsgesellschaften.

Eine über das Maß des wirtschaftlich Notwendigen hinausgehende Lohn- und Gehaltsdrosselung ist aber auch privatwirtschaftlich unvorteilhaft, weil sie den letzten Rest von Arbeitsfreudigkeit tilgen würde. Denn nicht bloß das Schicksal des Alternden ist dunkel, sondern auch die Gegenwart. Bei den Beamten und bei zahlreichen mit dem Recht der Pensionierung bekleideten Staatsangestellten ist jene Sorge, die um das Alter, nicht vorhanden. Aber wenn die Einsicht in unsere Arbeiterschaft wieder hineingebracht worden ist, daß der Lohn einen Teil des Nutzeffekts des produzierten Gutes darstellen muß, so darf man doch nicht die nicht güterproduzierende, sondern höchstens güterverteilende Arbeit der staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter zum Vergleich heranziehen. Außerdem ist es wirklich „grünster Tisch", wenn man glaubt, durch einen übermäßigen Lohnabbau eine Preisherabsetzung herbeizuführen. Der Reallohn steigt allein durch Mehrproduktion, weil jetzt die Löhne schon die Grenze des wirtschaftlichen Existenzminimums fast durchweg erreicht, teilweise sogar unterschritten haben und damit die Aufnahmemöglichkeit für die erhöhte Produktion aufs schärfste eingeengt.

Es ist darum verständlich, daß das Reichsarbeitsministerium die „Anregung" des Reichsfinanzministeriums ablehnt und vor allem der Arbeit der Schlichter nicht „dortseits" gewünschte Grenzen ziehen will. Man hat gegenüber diesen — und anderen — Eingriffen des Staates in das wirtschaftliche Leben stärker als je den Wunsch, daß wir uns, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, baldmöglichst durch ein Zusammenarbeiten im Geist wirklicher Arbeitsgemeinschaft von jeder staatlichen „Regelung" befreien.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Die Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopferverbände hielt in Düsseldorf eine Versammlung zur Besprechung der Lage der Kriegsopfer ab. Nach den Berichten sind zurzeit vorhanden: 1 537 000 Kriegsbeschädigte und 1 945 000 Kriegshinterbliebene, unter denen sich 533 000 Witwen, 1 134 000 Halbwaisen und 58 000 Vollwaisen befinden. In einer Entschließung wurde dem Reichsarbeitsminister eine Reihe von Forderungen übermittelt mit dem Bemerken, daß unter den Kriegsopfern äußerste Beunruhigung über die Regierungsmaßnahmen herrsche.

Deutschland für internationale Handelsschiedsgerichte.

Die deutsche Regierung hat das Genfer Völkerbundsprotokoll über die Einführung von Schiedsklauseln in Handelskontrakten unterzeichnet. Das Protokoll, das vom Wirtschaftskomitee des Völkerbundes ausgearbeitet und von der letzten Völkerbundsversammlung genehmigt wurde, trägt jetzt die Unterschrift von zehn Regierungen. Es tritt in Kraft, sobald es zwei Staaten ratifiziert haben.

Programmatische Zentrumserklärungen.

Mit mehreren Entschließungen grundlegenden Charakters schloß die Berliner Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei. Die Meinung des Parteiausschusses wurde besonders in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt, in der es heißt: „Der Reichsausschuß betont die unwandelbare Treue der Partei zu ihren althergebrachten und bewährten Grundsätzen. Die Partei wird die verfassungstreue Volkspartei bleiben, die sie stets gewesen ist." Eine weitere Resolution betont die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Friedens und verweist Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Lohn- und Zeitfragen auf den Weg der Verhandlungen und gegenseitiger Verständigung. Die Zentrums-Reichstagsfraktion, der unbedingtes Vertrauen ausgedrückt wurde, hat mittlerweile ihre Beratungen begonnen.

Gegen Spekulationsangriffe auf die Rentenmark.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Elberfeld erklärte Reichsminister des Innern Jarres, es würden zweifellos vom Inlande her planmäßige Angriffe gegen die Stabilität der Rentenmark gerichtet, die anscheinend auf gewisse Kreise der deutschen Spekulation zurückgingen. Infolge der Maßnahmen der Reichsbank seien aber diese Angriffe gescheitert und alle Vorkehrungen seien getroffen, daß die Rentenmark auch in Zukunft stabil bleibe. Die Verhandlungen, die der Reichsbankpräsident Dr. Schacht im Auslande geführt habe, ließen mit Sicherheit erwarten, daß in einigen Monaten das geplante deutsche Zentralnoteninstitut ins Leben treten werde. Um die Staatsausgaben herabzumindern, werde die Regierung in nächster Zeit zu weit drakonischeren Maßnahmen schreiten, als sie der Beamtenabbau darstelle.

Verfassungsmäßigkeit des bayerischen Volksbegehrens.

Das bayerische Ministerium des Innern erklärt amtlich, daß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das von der Bayerischen Volkspartei beantragte Volksbegehren gegeben sind, und daß als Einzeichnungsfrist die Zeit vom 28. Januar bis 17. Februar festgesetzt wurde.

Großbritannien.

× **Der Sturz des konservativen Kabinetts** Baldwin erfolgte durch die Annahme des Mißtrauensantrages der Arbeiterpartei mit 328 gegen 256 Stimmen in der Nacht auf Dienstag. Die Liberalen stimmten mit der Arbeiterpartei gegen die Regierung. Macdonald, der Führer der Arbeiterpartei und kommender Premierminister, erklärte, der heutige Schritt werde in der englischen Geschichte für immer denkwürdig bleiben. Der Ersatz Baldwins durch Macdonald wird sofort erwartet.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Gemeindeausschuß des Preußischen Landtages beschloß, daß die Gemeindewahlen in Berlin spätestens am 4. Mai gemeinsam mit den Wahlen im übrigen Preußen stattfinden sollen.

Berlin. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche, entsprechend dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, zusammentreten.

München. Reichstagsabgeordneter Dr. Heim, der wegen Erblindung am grauen Star sich einer zweiten Operation unterzog, ist kürzlich in voller Sehkraft entlassen worden.

München. Die Nationalsozialistische Partei wird bei den kommenden bayerischen Landtagswahlen nicht in die Erscheinung treten, da sie antiparlamentarisch eingestellt ist.

Paris. Die Verurteilung der kommunistischen Abgeordneten Cachin und Vaillant-Couturier zu je 6 Monaten Gefängnis wegen Aufreizung von Militärpersonen ist in der Revisionsinstanz bestätigt worden.

Rom. Italien schloß mit Albanien einen Schiffahrts- und Handelsvertrag. Eine Konsularkonvention erfolgt unmittelbar.

Moskau. Die Konferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion endete mit einem rückhaltlosen Siege der Mehrheit gegen die unter dem Namen Trotzki marschierende Minderheit, die Neigung zu stärkeren Kompromissen bekundet.

Preußischer Landtag.

(290. Sitzung.) tt. Berlin, 22. Januar.

Präsident Leinert eröffnete die erste Sitzung nach den Weihnachtsferien mit einem Hinweis darauf, daß vor 25 Jahren am 16. Januar die erste Sitzung des Landtages in diesem Gebäude stattgefunden habe. Der Präsident widmete dann den verstorbenen Abgeordneten Frau Pöhlmann und Thomas-Altona einen Nachruf, der von den Abgeordneten stehend angehört wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Katz (Komm.), daß ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes auf die Tagesordnung gesetzt werde. Die Beratung des kommunistischen Antrages scheitert an dem Widerspruch der Rechten. Es wurde dann eine Reihe kleiner Vorlagen erledigt.

Dr. Schacht vor den Sachverständigen.

Mehrstündiger Vortrag.

Die Vorstellung des deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Paris vor der ersten Sachverständigenkommission erfolgte in feierlicher Weise im Hotel „Astoria" durch den Vorsitzenden, den amerikanischen General Dawes. Es wurde unverzüglich mit der Beratung der deutschen Finanzlage begonnen und dem Reichsbankpräsidenten eine Reihe von Fragen vorgelegt. Dr. Schacht ging darauf in zweistündiger Rede ein. In der Hauptsache wurden Währungsfragen, Zukunftsmöglichkeiten der Rentenmark und Höhe des augenblicklichen Geldumlaufs behandelt. Mitteilungen an die Öffentlichkeit über den Inhalt der Darlegungen wurden nicht gegeben. Nur das Blatt „Gaulois" berichtet, Schachts Ausführungen hätten einen guten Eindruck gemacht.

*

Die deutschen Auslandsguthaben.

Zum Vorsitzenden des zweiten Sachverständigenausschusses, der ebenfalls tagte, wurde der Engländer Mac Kenna ernannt. Der Vorsitzende der Reparationskommission, Barthou, erklärte, die Frage sei nur, ob das verschleppte deutsche Kapital richtig eingeschätzt und nach Deutschland zurückgebracht werden könne. Mac Kenna habe 1922 geäußert, daß die deutschen Auslandsguthaben zum mindesten eine Milliarde Dollar ausmachen. Mac Kenna antwortete, er mache sich die Erklärung des General Dawes zu eigen. Es handelte sich bei seiner Schätzung um die rein persönliche Einschätzung eines Privatmannes. Er sei gewiß, daß seine Kollegen sich nicht im geringsten durch seine derzeitigen Veranschlagungen aus der Fassung bringen lassen, wenn er zu dem Entschlusse komme, daß die gemeinsam erzielten Ergebnisse seine Angaben nicht bestätigen.

Der Pfalz-Separatismus gerichtet.

Vernichtendes Urteil Clives.

Englands Generalkonsul für Bayern, Herr Clive, der fünf Tage die Sachlage in der Pfalz untersuchte, ist in London angekommen. Schon vorher aber hatte er durch Telegramme an die englische Regierung die von ihm gewonnenen Eindrücke wiedergegeben. Unterstaatssekretär Mac Neill verlas dieses Urteil im Unterhause. Wir heben die bezeichnenden Sätze daraus hervor:

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung steht der autonomen Regierung feindlich gegenüber. Diese Regierung hätte niemals ohne französische Unterstützung in Erscheinung treten können und würde sofort vertrieben werden, sobald die französische Unterstützung aufhörte. Nach einem Zugeständnis von Bley, der das nominelle Haupt der Regierung ist, sind 75 % der Separatisten von außerhalb der Pfalz gekommen. Sie umfassen zweifelhaft zahlreiche Vorbestrafte und Männer, die gänzlich unerfahren sind in den Geschäften einer Regierung. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage einer Loslösung von Bayern, steht einer Abtrennung vom Reich feindlich gegenüber.

Weiter wird gesagt, daß sowohl die katholische und die protestantische Kirche, die amtlichen Kreise und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten die Lostrennung von Bayern abweisen. In bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und unter den sozialistischen Arbeitern, bestehe Neigung für die Schaffung eines rheinischen Staates, unter Einschlusses der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reich verbunden sein solle. Die unter Drohungen erfolgten sog. Anerkennenserklärungen für die Separatisten seien wertlos. Im wesentlichen wünsche die Bevölkerung in Frieden zu leben.

Wird nun noch Poincaré oder irgendein anderer Franzose von dem „Wunsche der Pfälzer Bevölkerung" zu reden wagen?

*

Neue Schreckenstaten in der Pfalz.

Französische Gendarmerie lud eine Reihe von Schülern vor, die sich an den Ovationen für Generalkonsul Clive beteiligt hatten. Die Kinder wurden in fürchterlicher Weise mißhandelt. Gegen katholische Geistliche, welche den Separatistenterror kennzeichneten, hat die französische Militärpolizei Untersuchung eingeleitet. — Die pfälzischen Zeitungsverleger haben beschlossen, die Ausgabe ihrer Zeitungen solange einzustellen, bis die von den Franzosen und Separatisten vergewaltigte Pressefreiheit gewährleistet ist.

Die Blockade gegen Köln.

Vom englisch-französischen Regiestreit.

Köln, 22. Januar.

Nach amtlicher Aufforderung aus London sind die englischen Beamten in der Kölner Besetzungszone aufgefordert worden, Berichte über die von der französisch-belgischen Regie getroffenen Maßnahmen zur Einschränkung des Eisenbahnverkehrs und die voraussichtliche Wirkung dieser Maßnahme auf die Kölner Zone einzureichen.

In Paris hat der englische Botschafter Lord Crewe einen Besuch bei Poincaré in der Angelegenheit gemacht. Die Unterhaltung bezog sich auf die Verringerung des Eisenbahnverkehrs mit der englischen Zone, die die französisch-belgische Regie für die Rheinbahnen beschlossen hat. Poincaré meinte, daß diese Maßnahme nach Auffassung der französischen Regierung eine „rein technische" Frage sei. Es sei absolut keine „Pression" auf England beabsichtigt. Welchen Standpunkt zu diesen Erklärungen England einnimmt, ist vorläufig nicht bekannt.

Sparmaßnahmen im Rechtsverfahren.

Eine neue Verordnung.

Eine am 18. Januar in Kraft getretene Verordnung bestimmt, daß aus Ersparnisgründen bei Rechtsmitteln, die gegen die Heranziehung zu einer preußischen Staatssteuer, einer kommunalen Abgabe oder einem Beitrag für Handels-, Handwerks- oder Landwirtschaftskammern eingelegt sind, das Verfahren unterbrochen wird, sofern die Abgabenschuld nicht von vornherein auf wertbeständiger Grundlage errechnet worden ist. Das Verfahren kann von dem Beteiligten innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung, also spätestens am 18. Februar, durch eine der Behörde gegenüber abgezugebende schriftliche Erklärung aufgenommen werden, wenn von der Entscheidung eine Zahlung oder Erstattung abhängig ist, die der Aufwertung nach den Vorschriften der Landesaufwertungsverordnung unterliegt und die, sofern es sich um eine einmalige Abgabe handelt, den Betrag von 10 Goldmark, sofern es sich um eine fortlaufend zu entrichtende Abgabe handelt, für den Monat November 1923 den Betrag von 1 Goldmark übersteigt. Wird das Verfahren nicht aufgenommen, so wird es kostenlos für erledigt erklärt. Die Verordnung findet keine Anwendung auf dem Gebiete der Stempelsteuer und der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen.

Nöte der Landwirtschaft.

Auslandskonkurrenz und Steuerlasten.

Eine landwirtschaftliche Woche halten die Landwirte Pommerns zurzeit in Stettin ab. Bei der Begrüßungsfeier hielt Freiherr von Wangenheim eine Rede, in der er darauf aufmerksam machte, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo durch die Konsolidierung der Währungsverhältnisse unserem Volke über das Schwerste hinweggeholfen werden müsse. Die Landwirtschaft stände vor schweren Zeiten. Schon jetzt mache sich die Auslandskonkurrenz stark fühlbar. In Ostpreußen werde russischer Roggen mit 304 Mark pro Zentner angeboten, in Argentinien heize man die Lokomotiven mit Getreide. Auch für die Industrie bestehe die gleiche Gefahr, daß Deutschland mit billigen Maschinen überschwemmt werde. Man müsse sich daher klar sein über die Forderungen zum Schutze der heimischen Produktion. Alle Berufsstände müssen, wenn es mit Deutschland wieder aufwärts gehen soll, Hand in Hand arbeiten.

In Dresden wurde die vierte sächsische landwirtschaftliche Woche eröffnet. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die sächsische Landwirtschaft sehe der Zukunft mit größter Besorgnis entgegen. Sie befinde sich gegenwärtig in einer verzweifelten Lage. Die Landwirte fordern eine wesentliche Herabsetzung der Reichssteuern, namentlich der Wehrbeitragswerte und ebenso von der sächsischen Regierung eine Herabminderung der Grund- und Gewerbesteuer, sowie der Zugtiersteuer auf ein erträgliches Maß. Am Freitag findet im Zirkus Sarassani ein große öffentliche Versammlung des Landbundes statt.

Deutsche Kolonisierungspläne in Guinea.

Die niederländische Presse veröffentlicht einen von Herzog Adolf von Mecklenburg, dem Bruder des Gemahls der niederländischen Königin, Prinz Hendrik, und ehemaligen Gouverneur von Deutsch-Togo und dem bekannten niederländisch-indischen Wirtschaftler Helfferich, dem Bruder des früheren deutschen Finanzministers, entworfenen Plan zur Kolonisierung eines Teiles von Niederländisch-Neu-Guinea. Das Projekt des Herzogs Adolf von Mecklenburg und Helferichs sieht die Erschließung eines riesigen, ungeheuer produktionsfähigen Gebietes vor, das viele Male größer ist als Holland. Dieses Gebiet, das ganz West- und Nord-Neu-Guiena umfaßt und unter der Bezeichnung „Autonomes Gebiet von Tidore" bekannt ist, besitzt unermeßliche Naturreichtümer; es hat prächtige Wasserstraßen und zeichnet sich durch besondere Fruchtbarkeit, sowohl an den breiten Küstenflächen, wie in den bis zur Schneegrenze steigenden höheren Teilen aus. Bisher blieb dieses ungeheuer ertragfähige Land vollkommen unbewirtschaftet. Die niederländischen politischen Interessen werden durch einige Verwaltungsbeamte der niederländisch-indischen Regierung wahrgenommen.

Der innere Teil des Landes, das eine auf tiefster Kulturstufe stehende Einwohnerschaft bevölkert, ist bisher durch einige Forschungsreisende in höchst unzulänglicher Weise bekannt geworden. Den einzigen Ertrag bildet die Jagd auf Paradiesvögel. Der Plan des Herzogs Adolf und Helfferichs erstrebt eine Konzession für die Dauer von 75 Jahren über die zur Selbstverwaltung von Tidore gehörigen Gebiete von ganz West- und Nord-Neuguiena, welche insgesamt ungefähr 200 000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von schätzungsweise 100 000 Einwohnern umfassen. Für die wirtschaftliche Erschließung dieses Gebietes soll eine Gesellschaft gegründet werden, die das Monopol für den gesamten Handel, für Landwirtschaft, Bergbau und Fischerei besitzt. Die Gesellschaft soll auch das Recht besitzen, ein eigenes Polizeikorps zum Schutze der Siedlung zu bilden. Als Gegenleistung führt die Gesellschaft einen noch zu vereinbarenden Pachtbetrag an die Selbstverwaltung von Tidore, sowie eine Summe in Höhe von 10 Prozent des Reingewinns an die niederländisch-indische Regierung ab. Die Gesellschaft erhält also eine Art Mandat über diesen Teil des niederländischen Kolonialbesitzes. Die Finanzierung des Projektes soll mit deutschem und niederländischem Kapital erfolgen. Die Gesellschaft soll den Namen „Niederländisch-Deutsche Neu-Guinea-Gesellschaft" führen. Herzog Adolf von Mecklenburg und Helfferich beabsichtigen für die Verwaltungsstellen und das Aufsichtspersonal sowie das Polizeikorps deutsche Beamte, die in den früheren deutschen Südsee-Kolonien tätig waren, einzustellen, weil dieses Personal die erforderliche Kolonialpraxis besitzt.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 24. Januar 1924.

Der Paulstag.

Dem Apostel Paulus ist der 25. Januar geweiht. Schon im frühesten Mittelalter feierte man das Fest der Bekehrung Pauli. Man hielt diesen Tag für einen sogenannten Lostag, d. h. für einen Tag, der für die Witterung der nächsten Wochen von entscheidender Bedeutung ist. Der Bauer möchte gern das Wetter vorausbestimmen für die kommende Zeit, und daher zeichnete er früher jeden Witterungswechsel auf und stellte dann Vergleiche zwischen den verschiedenen Jahren an. So entstanden die vielen Wetterregeln. Am Rhein sagt man: „St. Paulus schön mit Sonnenschein, gibt Fruchtbarkeit dem Korn und Wein." In Schlesien heißt es ähnlich: „Ist zu St. Paulus das Wetter klar, gibt's für den Landwirt ein gutes Jahr!" Ein windreicher Paulustag soll Segen bringen. In Pommern erwartet man an diesem Tage von der Gans den ersten Eiertribut. In verschiedenen Gegenden hält man den Tag für den Mitwintertag und sagt daher: „Pauli Bekehr — halber Winter hin — halber Winter her." Auch manche Bräuche knüpfen sich an den Paulustag, wie ja unsere Altvorderen alle Tage des Jahres, die ihnen außergewöhnlich deuchten, in besonderer Weise feierten. Der schönste Brauch ist aber der, daß man in einigen Gegenden den hungernden Vögeln am Paulustag ein Fest bereitet, daß man ihrer gedenkt und sie füttert. Diese Sitte sollte immer beibehalten werden.

☐ **Arbeitszeitverordnung.** Amtlich wird berichtet: Nach der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 können Bestimmungen von Tarifverträgen, die eine geringere als nach der Verordnung zulässige Arbeitszeit vorsehen, mit dreißigtägiger Frist gekündigt werden. Auf mehrfache Anfragen über die Bedeutung dieser Vorschrift hat das Reichsarbeitsministerium geantwortet, daß die Kündigung nicht nur dann zulässig ist, wenn der Tarifvertrag eine geringere als die achtstündige tägliche oder die achtundvierzigstündige wöchentliche Arbeitszeit festsetzt, sondern auch dann, wenn er von der durch die Verordnung gegebenen Möglichkeit, die Arbeitszeit zu verlängern, keinen Gebrauch macht.

—hk **Postverkehr mit dem besetzten Gebiet.** Das Reichspostministerium schreibt uns: Einige Paketversender haben die Warnung des R. P. M. betr. Versendung verbotener Waren in Postpaketen im Verkehr zwischen dem unbesetzten und besetzten Gebiet unbeachtet gelassen. Dadurch sind Unzuträglichkeiten im Verkehr mit den Zollstellen und beträchtliche Verzögerungen in der Beförderung der Sendungen entstanden. Außerdem haben die Zollstellen angedroht, daß sie künftig alle Pakete mit verbotenen Gegenständen beschlagnahmen und sofort versteigern werden, ohne daß die Absender irgendeine Entschädigung erhalten. Ferner besteht die Gefahr, daß der Paketverkehr wieder gänzlich gesperrt wird. Die Aufrechterhaltung des mit großer Mühe in Gang gebrachten Paketverkehrs ist nur möglich, wenn die Versendungsbedingungen, über die die Postanstalten Auskunft erteilen, peinlichst beachtet werden.

—hk **Wiederaufnahme des Paketverkehrs mit westlichen Ländern.** Durch Nachrichtenblatt des Reichspostministeriums Nr. 2, Verfügung Nr. 9 ist der Paketverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und Frankreich sowie Ländern im Durchgangsverkehr durch Frankreich (Spanien usw.) wieder aufgenommen worden. Der Verkehr beschränkt sich jedoch zunächst auf gewöhnliche Pakete. Nachnahme- und Zollgebührenzettel sind vorläufig ausgeschlossen. Die Pakete werden über Karlsruhe (Baden) 2 geleitet; ihre Beförderung über das besetzte Gebiet kommt einstweilen nicht in Frage.

+ **Halver**, 23. Jan. Heute vormittag gegen 11½ Uhr ertönten die Brandsirenen der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr. In dem Wohnhause des Schuhmachermeisters Reinwald, Südstraße war ein Schornsteinbrand ausgebrochen, der durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr alsbald gedämpft werden konnte, sodaß sie in kurzer Zeit wieder abrücken konnte. Kurz nach 1 Uhr mußte sie abermals zu derselben Brandstelle gerufen werden. Zum Glück waren die Wehrleute noch teilweise im Vereinslokal versammelt, so daß sie sozusagen augenblicklich an der Brandstelle hilfsbereit erschienen. An einem Balken mußte wohl noch ein glimmendes Fünkchen geblieben sein, das sich weiter entwickelte und eine Schachtel mit Daunen auf einem anstoßenden Zimmer entzündete. Auch jetzt konnte das Feuer schnell bewältigt werden. Der entstehende Schaden ist daher nur ein verhältnismäßig unbedeutender.

& **Halver**, 24. Jan. Morgen vollendet einer unserer ältesten Mitbürger, Wilhelm Rockemann, Hagenerstraße, gebürtig zu Corbecke bei Meinerzhagen, sein 85. Lebensjahr. Körperlich ist er noch recht kräftig und rüstig, ebenso auch geistig. Jedoch hat er schon seit langen Jahren, wohl schon seit Jahrzehnten, die „edle Himmelsgabe, das Licht des Auges", entbehren müssen. Doch trotz dieses schweren Geschickes hat er sich noch einen frohen Lebensmut bewahrt, kann auch trotz des mangelnden Augenlichts noch mancherlei Arbeit verrichten, ja sogar noch Holz hauen. Wir wünschen dem alten Herrn auch noch ferner Gesundheit und Lebensfrische.

+ **Kierspe**, 23. Jan. Am vergangenen Sonntag fand im Berliner Hof die Jahres-Hauptversammlung der Nachbarschaft Kierspe statt, die von dem 1. Vorsitzenden Fritz Schaefer geleitet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im verflossenen Jahre durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder: Erich Löschper-Kierspe-Bhf. Wwe. Winkerhof, Carl Bremicker-Bremickerhof, Hildegard, Tochter von Wilhelm Schmidt-Kierspe, August Baas-Mark, Anna Lemmer-Kierspe, August Reppel-Feldersof, Kind von Carl Haarhaus-Thal, Hilde, Tochter von Ernst Meister-Eicken, Erna, Tochter von Gustav Wülfrath-Kierspe, Wwe. Karl Kattwinkel-Höferhof, Wilh. Linde-Oberbremecke, Sanitätsrat Dr.-Deisting Kierspe, Hildegard, Tochter von Ernst Küch-Ellringhausen. — Bei dem Jahresbericht wies der Vorsitzende darauf hin, daß nach Ablauf der Anmeldefrist gelegentlich der Gründung vor einem Jahre 239 Familien und 282 Einzelmitglieder ihren Beitritt erklärt hatten. Insgesamt sind etwa 1250 Köpfe versichert. Gestorben waren im vergangenen Jahre 14 Mitglieder, und zwar im Alter von 1—6 5, 14—21 2, über 50 7. Des weiteren wurde noch darauf hingewiesen, daß unter allen Umständen, jegliche Veränderungen in der Familie

---

„Flammen"

Roman von Hans Schultze.

53] Nachdruck verboten.

Wie lange Herta und Trude saßen, Hand in Hand, und regungslos in das düstere Schweigen der drohenden Finsternis hinaushorchten, sie wußten es nicht.

Die erste Begegnung mit den dunklen Mächten des Verbrechens ließ die jungen Herzen tief erschauern, daß sich ihnen die Minuten des Wartens in Stunden zu dehnen schienen und sie immer wieder nicht wußten, ob sie geträumt hatten oder das ganze Erlebnis furchtbare Wirklichkeit gewesen war.

Wer war jener junge Mann, dessen Stimme so erschütternd-verzweifelt geklungen hatte, bis er langsam dem dämonischen Einfluß der lockenden Sirene erlegen war?

Und wer war Hella selbst, und wie stand Alsleben zu ihr, der jetzt auf einmal in den Vordergrund dieses grausigen Nachtstückes hineinrückte? — —

Endlich vermochte Trude die Ungewißheit des qualvollen Hangens und Bangens nicht länger mehr zu ertragen.

Sie richtete sich lautlos auf und tastete sich über die leise knisternden Heustapel vorsichtig bis zur Giebelluke.

Der Mond war unterdes heraufgekommen und leuchtete groß und klar aus dem tiefblauen Himmel.

Irgendwo am Ufer huschte ein Laternenschimmer durch die Gitterwand des hohen Rohres.

Und gleich darauf glitt ein Boot, mit seinen beiden Insassen zu einer dunklen Einheit verschwimmend, wie ein körperloser Schatten in das weiche, traumverzauberte Dämmern der einsamen Nacht hinaus.

„Sie sind fort!" sagte Trude, tief aufatmend. „Nun sind wir wieder frei und können handeln!"

Eine Viertelstunde später landeten die beiden jungen Mädchen wieder in der Bucht des Pahlowitzer Badestrandes.

Sie waren auf der Ueberfahrt von der Insel übereingekommen, daß sie zuerst Alsleben verständigen und mit ihm gemeinsam beraten wollten, welche Schritte gegen das verbrecherische Paar zu unternehmen seien.

Trude kleidete sich im Badehäuschen mit Windeseile an; als sie sich dann aber auf einem Schleichwege vorsichtig dem Kavalierhaus näherten, lag die ganze lange Fensterfront der Parkseite in tiefer Finsternis.

Die Haustür stand weit geöffnet und auch die Tür zum Arbeitszimmer war nur angelehnt.

Als Trude jetzt mit ihrer Taschenlampe hineinleuchtete, erblickte sie in der Fensterecke am Schreibtisch zwei große, übereinander gestellte Koffer.

„Herr von Alsleben will verreisen!" sagte sie. „Vielleicht ist er schon von anderer Seite gewarnt worden und wir treffen ihn noch bei deiner Schwester!" — —

In wachsender Unruhe eilten sie durch die Buchenallee dem Schlosse zu, das stumm und dunkel in den hellen Ring des Himmels ragte.

Nur im Speisezimmer brannte eine Flamme der Mittellampe und warf ein schüchternes Licht in die Glyzinienwildnis der Terasse.

Die jungen Mädchen stürmten die Treppe hinauf und riefen überall nach der Baronin.

Doch niemand antwortete, das ganze Haus erschien wie ausgestorben.

„Hier stimmt doch etwas nicht!" meinte Trude nachdenklich, als sie endlich von der Diele zum ersten Stock emporgestiegen. „Das ist jetzt aber alles gleich! Zunächst mußt du dir sofort trockene Sachen anziehen. Ich werde mich inzwischen noch einmal nach einem menschlichen Wesen umtun!"

Damit schob sie die ganz apathische Herta halb mit Gewalt in ihr Zimmer und eilte selbst zum zweiten Stockwerk weiter. Ein instinktiver Drang trieb sie nach Hellas Wohnung hinauf, ob sie dort vielleicht einen Anhaltspunkt, einen Hinweis finden könnte, was nun zu geschehen hatte.

Als sie den mondhellen Korridor des Obergeschosses erreicht hatte, klang ihr aus der Diele das gemütliche ostpreußische Platt Fräulein Grigoleits nach und gleich darauf antwortete Hertas Stimme.

Das alte Wirtschaftsfräulein war also noch auf und die Freundin bei ihr in guter Obhut. — —

Dann stand sie in Hellas Salon und hielt in dem kleinen Gemach Umschau, soweit es das magische Halbdunkel der Monddämmerung erlaubte.

Ein starkes Parfüm erfüllte den ganzen Raum.

Durch die halboffene Schlafzimmertür sah sie gerade in das klaffende Innere eines Kleiderschrankes.

Ein Berg von Blusen, Hüten und zierlichen Stiefeln lag davor auf dem Boden.

Auch unter den Gebrauchsgegenständen des Toilettentisches herrschte ein regelloses Durcheinander, als habe eine eilige Hand zwischen den zierlichen Glasflakons herumgewirtschaftet.

Trude hatte sich auf dem Rande von Hellas Bett niedergelassen und fuhr halb automatisch über den weichen Seidenbezug der Daunendecke.

Sie war fort! Entflohen!

Darüber konnte kein Zweifel sein, offenbar hatte sie vorher hier noch die notwendigsten Effekten zusammengerafft.

In diesem Augenblick ging leise die Korridortür.

Unwillkürlich stockte Trudes Atem, ein kalter Schauer kroch ihr plötzlich das Rückgrat herauf.

Wenn Hella jetzt noch einmal zurückkam. — —

Dann aber schnellte sie mit einer entschlossenen Bewegung kampflustig empor und trat in den Salon.

„Wer ist da?"

Ein halb erstickter Schrei: „Fräulein Trude."

Hellas kleine Dienerin Frieda stand vor ihr.

„Ich war unten in der Küche bei Fräulein Grigoleit!" stotterte das verängstigte Mädchen. „Da hörten wir auf einmal die Damen rufen."

„Wo ist Fräulein Hansen?" fiel ihr Trude ungeduldig ins Wort.

„Sie war noch eben hier und hat ihre Handtasche gepackt. Sie sagte, sie hätte ein Telegramm bekommen und müßte noch in der Nacht abreisen. Sie hat mir auch einen Brief dagelassen und zehn Mark, daß ich alles richtig besorge!"

„Wo hast du den Brief?"

Die Kleine suchte in ihrer Schürzentasche und brachte ein zerknittertes Papier hervor.

„Ich sollte ihn noch in der Nacht nach Greifenhagen bringen und bei dem Chauffeur des Herrn Grafen abgeben."

Mit einem heftigen Ruck riß Trude den dünnen Umschlag auf und leuchtete mit ihrer Laterne über die flüchtig mit Bleistift hingeworfenen Zeilen:

„Es ist entschieden. Ich begleite Sie morgen nach England. Ich habe alle Brücken hinter mir abgebrochen und verlasse noch in der Nacht das Schloß. Erwarten Sie mich morgen früh um 6 Uhr mit Ihrem Auto am Waldausgang von Dorf Pahlowitz. Hella."

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Macdonald als Erbe Baldwins.

London, 23. Jan. Baldwin hat die Demission seines Kabinetts dem König überreicht, der sie auch angenommen hat. Darauf wurde Macdonald zum König berufen und ihm die Kabinettsbildung angeboten. Macdonald hat den Auftrag angenommen.

Lenin gestorben.

Berlin, 23. Jan. Der Berliner Botschafter der Sowjetregierung teilt mit: Am 21. Januar 6 Uhr 40 abends ist Lenin in Gornkin bei Moskau verschieden. Der ärztliche Bericht lautet: Am 21. Januar trat im Gesundheitszustand Lenins eine schwere Verschlimmerung ein. Um ½6 Uhr abends wurde die Atmung stockend, der Kranke verlor das Bewußtsein. Es traten allgemeine Krämpfe ein und um 6 Uhr 40 verschied Lenin unter Lähmungserscheinungen des Atmungszentrums.

Moskau, 23. Jan. Die Meldung vom Tode Lenins traf mitten in eine Sitzung des Rätekongresses, wo Kallenin sie erschüttert bekannt gab. Der Tod kam ganz unerwartet. Die Sitzung wurde zum Zeichen der Trauer sofort aufgehoben.

Fortsetzung des Abbaus.

Berlin, 22. Januar. Im Sparausschuß des Reichstages wurde vom Vertreter des Reichsministeriums des Innern bekanntgegeben, daß im gesamten Geschäftsbereich des Reichsministeriums des Innern der Personalbestand an Beamten und Angestellten bis zum 31. Januar um 23 % vermindert sein wird. Ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums teilte alsdann mit, daß auch dieses Ministerium den vorgeschriebenen Abbau durchführe. Bei Besprechung der dem Reichswirtschaftsministerium nachgeordneten Stellen ersuchte der Ausschuß die Reichsregierung, mit kurzer Frist das Reichskommissariat für die Kohlenverteilung, den Eisenwirtschaftsbund, den Metallwirtschaftsbund und sämtliche noch vorhandenen Außenhandelsstellen zu beseitigen.

Hochwasser im Saalegebiet.

Berlin, 22. Januar. Zwecks Beseitigung drohender Hochwassergefahr im Saalegebiet mußten auf Veranlassung der zuständigen Kreis-Direktionen Angehörige der Technischen Nothilfe bei Jena, Burgau und Uhlstädt zur Sprengung von Eis eingesetzt werden.

Der Staat bezahlt die Wahlzettel.

München, 22. Januar. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages wurde heute im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen ein Antrag der Demokraten angenommen, wonach die Kosten für den Druck der Wahlzettel vom Staate übernommen werden sollen.

Neue Millionenspende des Papstes für Deutschland.

München, 22. Januar. Wie der Bayerische Kurier erfährt, hat der Papst außer der bereits mitgeteilten Summe eine Million Lire für die Armen Deutschlands ohne Rücksicht auf die konfessionelle Zugehörigkeit an die Nuntiatur in München übermittelt.

Nur noch eine rheinische Braunkohlengrube in Betrieb.

Köln, 22. Januar. Der Streik im Braunkohlenrevier dauert zurzeit unverändert fort. Nachdem gestern auch die Zeche „Mariaglück" die Arbeit eingestellt hat, arbeitet jetzt allein noch die Grube „Donatus". Die Vermittlungsbemühungen des Schlichters blieben erfolglos. Die Arbeitgeber halten an der 12-Stunden-Schicht fest, während die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, daß sie auf der 8-Stunden-Schicht beständen. Die nächste Entscheidung liegt beim Arbeitsministerium.

Zunahme von Arbeitswilligen.

Düsseldorf, 22. Januar. Der von den Kommunisten ausgerufene wilde Generalstreik scheint sich seinem Ende zu nähern. In allen Werken ist eine erhebliche Zunahme der Arbeitswilligen zu verzeichnen.

Verhandlungen im englischen Eisenbahnerstreik.

London, 22. Januar. Obwohl von den ausständigen Heizern und Lokomotivführern versichert wird, daß sie entschlossen seien, ihren Streik bis zum äußersten durchzuführen, werden von den offiziösen Persönlichkeiten die ersten Schritte zur Versöhnung unternommen. „Daily Mail" teilt mit, daß die englischen Eisenbahndirektionen vom Verband der Lokomotivführer einen Brief erhalten hätten, in dem neue Verhandlungen über die Lohnerhöhung vorgeschlagen werden.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Warschau, 22. Januar. **Die polnische Regierung hat sich an die deutsche Regierung mit dem Vorschlag gewandt, die seinerzeit auf Anraten des Völkerbundes in Dresden gepflogenen, dann abgebrochenen prinzipiellen Verhandlungen nach halbjähriger Pause wieder aufzunehmen. Ganz unabhängig davon sind bereits von polnischer Seite angeregte deutsch-polnische Verhandlungen in Genf im Gange.**

Arbeiter und Angestellte.

Elberfeld. (Die Ausstandsbewegung im Westen.) In der Metallindustrie blieben die stattgefundenen Verhandlungen ergebnislos. Darauf sind die Metallarbeiter in Barmen, Elberfeld und Vohwinkel in den Streik getreten. An dem Ausstand sind rund 15 000 Arbeiter beteiligt. Die Arbeitsaufnahme in den Betrieben der Metallindustrie in Düsseldorf ist nicht in dem Umfange erfolgt, wie zu erwarten war. Nur in drei großen Betrieben ist die Belegschaft in nennenswerter Anzahl in die Betriebe zurückgekehrt. In Hagen und Gelsenkirchen herrscht Arbeitsruhe in Metall- und Textilwerken. — Das gesamte technische Personal der Zeitungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist wegen der beabsichtigten Einführung der 53-Stunden-Woche in den Ausstand getreten. Es erscheinen nur einige Zeitungen.

Essen. (Schiedsspruch für kaufmännische Grubenbeamte im Ruhrbergbau.) Ein vor dem Reichsarbeitsministerium zustandegekommener Schiedsspruch setzte etwa um 20 Mark höhere Gehaltssätze fest, als es der frühere nicht anerkannte Schiedsspruch getan hatte. Die Zuschläge, wie Hausstandsgeld usw., bleiben unverändert bestehen. Über die Arbeitszeitregelung wurde folgendes Abkommen getroffen: 1. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden mit der Maßgabe, daß der Samstag-Nachmittag grundsätzlich freibleibt, jedoch in besonderen Fällen eine anderweitige Regelung zulässig sein soll. 2. Ist Mehrarbeit über 48 Stunden erforderlich, so soll sie 6 Stunden in der Woche nicht übersteigen. Eine besondere Bezahlung dieser Mehrarbeit findet nicht statt.

Königsberg. (Die zehnstündige Arbeitszeit in Ostpreußen.) Der Ostpreußische Arbeitgeberverband für Handel, Gewerbe und Industrie hat beschlossen, mit Wirkung ab 2. Februar die zehnstündige Arbeitszeit in seinen Betrieben einzuführen. Die Gewerkschaften wurden aufgefordert, sich dazu zu äußern. Sollten sie die zehnstündige Arbeitszeit ablehnen, so dürfte am 2. Februar die Stillegung der Betriebe erfolgen.

London. (Der Eisenbahnerstreik.) Der Ausstand der Lokomotivführer und Heizer ist in seiner Wirksamkeit ungleichmäßig. In einigen Bezirken ist der Personenverkehr fast vollständig lahmgelegt, während in anderen Bezirken der Verkehr nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Die in den ferneren Vorstädten Londons wohnenden Arbeiter haben große Schwierigkeiten, London zu erreichen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Ein Revolverjournalist.** Der früher schon oft genannte Herausgeber verschiedener Berliner Skandalblätter, Arthur Keil, hatte sich wieder einmal vor einem Berliner Gericht zu verantworten. Keil befindet sich seit bald zwei Jahren in Haft, da gegen ihn eine ganze Reihe von Strafprozessen anhängig gemacht worden ist. Seine letzte Strafe betrug mehr als vier Jahre Zuchthaus. Nachdem er das Zuchthaus verlassen hatte, verlegte er sich auf die Herausgabe von Wochenblättchen, in denen aller möglicher Personen- und Gesellschaftsskandal zusammengetragen wurde. Aus dieser Tätigkeit stammte die jetzige Anklage wegen Erpressung und Betrug. Keil hatte einem Bankier Fricke gegenüber behauptet, daß er „dank seinen guten Verbindungen mit gewissen Zeitungsredaktionen" imstande sei, die Veröffentlichung von Angriffen, die ein von Fricke entlassener Angestellter angeblich gegen seinen früheren Arbeitgeber richten wollte, zu verhindern, wenn Fricke 30 000 Mark zur „Beschwichtigung" des in Frage kommenden Redakteurs zahle. Fricke ging darauf nicht ein und erstattete Anzeige gegen Keil, der zur Erlangung des Geldes ein ganzes Schwindelmanöver inszeniert hatte. Das Urteil lautete auf ein Jahr Zuchthaus und 100 Goldmark Geldstrafe.

§ Professor Plate von der Disziplinarkammer freigesprochen. Die Disziplinarkammer der Universität Jena hat den ordentlichen Professor der Zoologie, Dr. Ludwig Plate, gegen den das thüringische Volksbildungsministerium in Weimar wegen Mißbrauchs der akademischen Lehrfreiheit das Disziplinarverfahren angeordnet hatte, nach zwölftägiger Verhandlung freigesprochen. Es handelte sich bei dieser Anklage um Äußerungen Professor Plates über die Judenfrage.

§ **Schmuggler vor Gericht.** Vor der Beuthener Strafkammer begann ein großer Prozeß gegen 20 Personen, darunter vier Zollbeamte, wegen Schmuggelns riesiger Mengen Obst und anderer Waren. Die Anklageschrift spricht von 1200 Waggons. Der Prozeß, der in Oberschlesien großes Aufsehen erregt, soll mehrere Tage dauern.

§ **Ein Landfriedensbruchprozeß.** Die Strafkammer zu Hannover verhandelte in einem fünftägigen Prozeß gegen 74 Angeklagte, die sich des Landfriedensbruches und Aufruhrs schuldig gemacht hatten. Es handelt sich um die Teuerungsunruhen, die im November 1923 in Wunsdorf bei Hannover stattfanden, und bei denen sich mehrere Personen zu Ausschreitungen hinreißen ließen. Der Haupttäter, Schrankenwärter Lüdeking, erhielt ein Jahr Gefängnis, sein Kollege Burghard zehn Monate Gefängnis, 17 Personen, darunter mehrere Frauen, zwei bis neun Monate Gefängnis. 55 Angeklagte, die lediglich als Mitläufer in Frage kamen, wurden freigesprochen.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Butterpreise in Berlin.** Die Berliner Butternotierungskommission notierte am 22. Januar für ein Pfund Butter erster Qualität, wobei Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers gehen, 1,60 Goldmark.

* **Brot in Berlin billiger.** Der Zweckverband der Berliner Bäckermeister teilt mit, daß mit sofortiger Wirkung der Brotpreis im alten Gewicht von 60 auf 54 Pfennig, und der Preis der Schrippe von 3 Pfennig auf 2½ Pfennig herabgesetzt worden ist.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr.

Börsenplätze	22. 1. gesucht	22. 1. angeb.	21. 1. gesucht	21. 1. angeb.
Holland 1 Gulb.	1 566 075	1 573 925	1 571 063	1 578 937
Dänemark 1 Kr.	675 806	679 194	713 213	716 787
Schweden 1 Kr.	1 097 250	1 102 750	1 101 240	1 106 760
Norwegen 1 Kr.	573 563	576 437	594 510	597 490
Finnland Mark	105 236	105 764	105 735	106 265
Amerika 1 Doll.	**4189500**	**4210500**	**4189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	17 855 250	17 944 750	17 855 250	17 944 750
Schweiz 1 Fr.	731 168	734 832	733 963	736 837
Frankreich 1 Fr.	191 021	191 979	187031	187 969
Belgien 1 Fr.	173 565	174 455	173 560	174 435
Italien 1 Lira	184 288	185 212	182 543	183 457
Tschechien 1 Kr.	122 692	123 308	123 091	123 709
Österr. 1000 Kr.	59 850	60 150	59 650	59 850
Ungarn 1000 Kr.	149 325	150 375	147 630	148 370

Deutsche Werte am 22. Januar.

Eine Rentenmark . . . . . 1 Billion Papiermark
Dollarschatzanweisungen . . .
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich . 4200 Milliard. Papierm
Ein Goldpfennig . . . . . 10 " "
Eine Goldmark . . . . . 1000 " "

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	22. 1.	21. 1.		22. 1.	21. 1.
Weiz., märk.	152-155	151-155	Weizkl. f. Brl.	7,60	7,80
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	6,80-7	7,00
Rogg., märk.	134-136	134-137	Raps	280	—
pommerscher	132-134	133-135	Leinsaat	4,30	—
westpreuß.	132-133	133-135	Viktor.-Erbs.	34-35	35-37
Sommergrst.	158-165	155-163	kl. Speiseerbs.	19-22	19-22
Wintergerste	—	130-150	Futtererbsen	12-14	12-14
Hafer, märk.	105-108	100-108	Peluschken	13-15	13-15
pommerscher	96-103	90-98	Ackerbohnen	13-15	13-15
westpreuß.	—	85-90	Wicken	17-19	17-19
Weizenmehl			Lupin., blaue	13-14	13-14
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	15-17	15-17
Bln. br. inkl.			Seradella	14,5-16	15-16,5
Sack (feinst.			Rapskuchen	10-10,75	11
Mrk. ü. Not.)	23-26	23,25-27	Leinkuchen	—	—
Roggenmehl			Trockenschtzl.	7,5-8	7,5-8
p. 100 Kil. fr.			vw. Zuckschn.	18-19	18-19
Berl. brutto			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sack	21-23,5	21,25-27	Kartoffelfl.	16-16,75	17

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreis pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,45—0,70, Goldmark, desgl. Haferstroh 0,40—0,55, desgl. Gerstenstroh 0,40—0,55, Roggenlangstroh 0,35—0,45, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,35—0,45, Häcksel 1,05—1,25, handelsübliches Heu 0,85—0,05, gutes Heu 0,95—1,35.

* **Jugoslawische Hilfe für den französischen Franken.** Der jugoslawische Finanzminister hat eine Verfügung erlassen, durch die die Spekulation in französischen Franks an allen Börsen Jugoslawiens verboten wird.

* **Starker Sturz der dänischen Krone.** Seit längerer Zeit war der Stand der dänischen Währung, im Gegensatz zu der schwedischen, an den internationalen Börsen sehr schwach. Jetzt ist nun ein neuer Absturz erfolgt, der in Dänemark Bestürzung hervorgerufen hat. Die dänische Krone ist im Verhältnis zur deutschen Goldmark [illegible] 0,58 [illegible]en, während die Friedensparität 1,12 Mark [illegible]r. Gegenüber dem Kurssturz hat die dänische Re[illegible]ort alle Bindungen des Valutahandels aufgehoben. [illegible]er Valutahandel wieder vollkommen frei ist.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Die festgesetzte Schulkassenrechnung für 1922 der Gemeinde Kierspe, sowie die Haushaltungsplanentwürfe des Amtes und der Gemeinde Kierspe für 1924 liegen 14 Tage zur Einsicht der Amtseingesessenen im Zimmer 4 des Amtshauses aus.

Kierspe, den 21. Januar 1924

Der Amtmann.

Wegen Ueberlastung ist die **Finanzkasse** bis auf Weiteres nur wie folgt geöffnet: Dienstag und Donnerstag 8—12, Samstag 8—10

Lüdenscheid, den 22 Januar 1924

Finanzamt: Dr Plew

Lederwaren

Damenhandtäschchen
Geldscheintäschchen
Brieftaschen, Aktenmappen
mit und ohne Griff
Schulmappen :: Tornister
für Knaben und Mädchen
u. s. w. u. s. w.
kaufen Sie preiswert bei
Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Kopierbücher zu 500 u. 1000 Seiten sind vorrätig bei W. Bell jr., Halver.

Kataloge, Preislisten, Rechnungen Briefbogen, Couverts, Geschäftskarten, Mitteilungen usw usw.

Drucksachen
aller Art
für Industrie, Behörden u. Private
in sauberer u. geschmackvoller Ausführung
werden angefertigt
in der
Buch- und Kunstdruckerei
Wilhelm Bell jr.,
Halver i. Westf.
Fernsprecher Nr. 42.

Geburts-, Verlobungs-, Vermählungskarten Visitkarten, Trauerbriefe Danksagungskarten usw.

Westf. Glasniederlage Hagen i. W.
Fernspr. 2643 Inh.: **Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44
Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.
Billigste Bezugsquelle für Wirte - Vereine.
Spezialität: **Wirtschaftsartikel.** 1444

Automobil-Lackierungen Polsterungen, Karosserie, Reparaturen und Umänderungen, Verdecke - Kotflügel - etc.
W. Röhle, Hagen
Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres)
1445 Goldene u silberne Medaillen.
Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.
— Feinste Referenzen der ersten Herrenhäuser. —

Transmissionen

Gerner & Co., Hagen
Elberfelderstr. 52 Fernspr. 3669 u. 4186

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Pianos Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Filiale: Berlin Hardenbergstr. 14. **Hagen i. W.** Bahnhofstraße 29
NB. Eintausch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten Stimmungen und Reparaturen.


Freiwillige Feuerwehr Neuenhaus.
Samstag, den 26. Jan. abends 7 Uhr
Appell
in sämtlichen Ausrüstungsgegenständen.
Nichterscheinen wird mit Strafe belegt.
Das Kommando.

Kleines Gut
wo 4—5 Kühe gehalten werden können sofort
zu pachten gesucht.
Evt. wird ein Gut auch als Bewirtschafter übernommen.
Schriftl. Angb. unter R 104 an die Geschst. d. Allgm. Anz. Halver.

Habe auf Lager vorrätig:
Thomasmehl,
Kali 40%
und Kainit
Bestellungen in
Stückdüngekalk
nimmt entgegen
Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl.